



Landesarbeitsgemeinschaft
KAB Baden-Württemberg



Pressemitteilung

CDU Sozialausschüsse und KAB für Mindestlohn, Bildungsurlaub und eine solidarisch finanzierte Rente

Der Beschluss des CDU Bundesparteitags zur Einführung des Mindestlohns stand im Mittelpunkt einer gemeinsamen Sitzung des Landesvorstandes der CDU Sozialausschüsse mit den Diözesanvorständen der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) in Baden-Württemberg.

KAB-Diözesanverbandsvorsitzende in Freiburg, Maria Baur, bedankte sich bei der CDU Arbeitnehmerorganisation für ihr erfolgreiches Engagement zugunsten des Mindestlohns auf dem CDU Bundesparteitag. Der Parteitag hatte auf Antrag der CDA eine verbindliche allgemeine Lohnuntergrenze beschlossen. Die Höhe des Mindestlohns soll durch eine paritätisch von Arbeitgebern und Gewerkschaften besetzten Kommission bestimmt werden. Die Kommission soll die Einzelheiten des Mindestlohns festlegen und über Differenzierungen entscheiden.

Die CDU Sozialausschüsse werden, so CDA Landesvorsitzender Christian Bäumler, über die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU Bundestagsfraktion in Berlin auf eine schnelle Einführung des Mindestlohns dringen. Dies gelte auch für den Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" in der Leiharbeit, den der CDU Bundesparteitag ebenfalls beschlossen habe. Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, Peter Weiß, der an dem Gespräch teilnahm, will sich für eine schnelle Einigung mit dem CDU Wirtschaftsflügel auf Grundlage der Parteitagsbeschlüsse einsetzen.

Die angesprochenen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt haben Auswirkungen auf die Rente. Rentenarmut kommt nicht von ungefähr, betonte Peter Niedergesäss, KAB-Diözesansekretär in der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Er wies auf die Gemeinsamkeiten von CDA und KAB beim Rentenmodell der Katholischen Verbände hin, forderte, beim Rentendialog das Sockelrentenmodell der KAB zu unterstützen, das viel besser die Altersarmut verhindere als der Vorschlag der Zusatzrente von Ministerin von der Leyen. Ein positives Signal in von der Leyens Entwurf sei, die Erziehungszeiten großzügig zu berücksichtigen. CDA und KAB sind dafür, eine Versicherungspflicht für Selbstständige einzuführen.

Gemeinsam sprechen sich KAB und CDA für die Einführung eines Bildungsurlaubs zugunsten aller Arbeitnehmer in Baden- Württemberg aus. Ein Anspruch auf berufliche Fort- und Weiterbildung sowie politische Bildung ist nach Auffassung der Arbeitnehmerorganisationen im Interesse des Landes und der Unternehmen.